

Herausgeber: Tsong-ming Hsu

Chefredakteur: Sing-yue Wu, Redaktion: Dr. Svenja Weidinger

Taipeh Vertretung in der Bundesrepublik Deutschland, Büro München – Presseabteilung

Leopoldstraße 28a/V 80802 München, Tel: 089-512679-0, Fax: 512679-59

Email: muc2@mofa.gov.tw <https://www.roc-taiwan.org/demuc>

Taiwan Aktuell

Präsidentin Tsai Ing-wen im Amt bestätigt

Neujahrsansprache von Präsidentin Tsai Ing-wen

Anti-Infiltrationsgesetz verabschiedet

Taipei Twin Towers werden 2027 eröffnet

Dramatikerin aus Taiwan bringt Hongkong-Proteste auf die Bühne

Politik

Präsidentin Tsai Ing-wen im Amt bestätigt

Taiwans Präsidentin Tsai Ing-wen von der Demokratischen Progressiven Partei (DPP) ist bei der Präsidentschaftswahl am Samstag, den 11. Januar 2020, mit deutlicher Mehrheit im Amt bestätigt worden. Tsai und ihr Vizekandidat Lai Ching-te erhielten 8 170 000 oder 57,13 Prozent der abgegebenen Stimmen. Die Präsidentin setzte sich damit klar gegen ihren Gegenkandidaten Han Kuo-yu und seinen Vizekandidaten Chang San-cheng von der Kuomintang (KMT) durch. Die KMT-Kandidaten erhielten 5 520 000 Stimmen, das entspricht 38,61 Prozent. Auf das von der People First Party (PFP) ins Rennen geschickte Kandidatenpaar James Soong und Sandra Yu entfielen mit 608 590 Stimmen 4,25 Prozent des Votums. Am 20. Mai dieses Jahres wird Tsai im Rahmen eines Festakts im Präsidentialamt in Taipeh für ihre zweite Amtszeit vereidigt werden.

Insgesamt 19,3 Millionen wahlberechtigte Bürger/innen Taiwans waren 11. Januar aufgerufen, ihre Stimme in einem der landesweit eingerichteten 17 226 Wahllokale abzugeben. Die Wahllokale hatten von 8 bis 16 Uhr geöffnet. Die Wahlbeteiligung lag bei 74,9 Prozent und damit deutlich über den 66,27 Prozent bei der Wahl im Jahr 2016. Bei Präsidentschafts- und Parlamentswahlen in Taiwan sind alle Staatsbürger ab 20 Jahren stimmberechtigt.

Nach Auszählung der Stimmen dankte Tsai noch am Wahltagsabend bei einer internationalen Pressekonferenz den Wählern für ihre Unterstützung und erklärte, der Wahlausgang zeige, dass Taiwan auf dem richtigen Weg sei. Sie sicherte zu, die 2016 in Angriff genommenen Reformen fortzuführen, das Bildungsumfeld zu verbessern, die Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft zu stärken sowie die Infrastrukturentwicklung und die Sozialsysteme voranzutreiben.

Mit ihrem Votum hätten die Bürger ihr Vertrauen in die Demokratie dokumentiert und erwarteten nun eine faire Behandlung bei Taiwans internationaler Beteiligung. Als unentbehrliches Mitglied der Weltgemeinschaft werde Taiwan weiterhin mit allen zusammenarbeiten, um den Frieden, die Stabilität und den Wohlstand in der Region zu gewährleisten, fügte die 63-Jährige hinzu.

Daneben Tsai bekräftigte ihre Entschlossenheit, die Stabilität über die Taiwan-Straße aufrechtzuerhalten, und verwies darauf, dass Frieden, Gegenseitigkeit, Demokratie und Dialog entscheidend seien für eine gesunde und langfristige Entwicklung des Verhältnisses zwischen Taiwan und China.

Der unterlegene Kandidat Han Kuo-yu von der KMT räumte seine Niederlage ein und gratulierte Tsai zu ihrem Wahlerfolg. Als Konsequenz aus dem Abschneiden seiner Partei kündigte KMT-Parteichef Wu Den-yih noch am gleichen Abend seinen Rücktritt vom Parteivorsitz an.

Parallel zur Präsidentschaftswahl fand die Wahl der Abgeordneten des Legislativ-Yuan, dem Parlament Taiwans, statt. Gegenüber dem Urnengang von 2016 büßte die DPP zwar sieben Sitze ein, konnte jedoch mit 61 von 113 Sitzen ihre absolute Mehrheit behaupten. Die KMT verbesserte sich gegenüber 2016 um drei Sitze auf 38 Mandate und bildet damit weiterhin die größte Oppositionspartei. Die New Power Party (NPP) verlor zwei Sitze und wird fortan mit nur noch drei Abgeordneten vertreten sein. Neu ins Parlament einziehen konnte die Taiwan People's Party (TPP), die im August vergangenen Jahres von Taipehs Bürgermeister Ko Wen-je gegründet worden war und jetzt fünf Sitze erringen konnte. Ebenfalls neu in die Volksvertretung eingezogen ist die Taiwan Statebuilding Party, die zwar an der Fünfprozenthürde scheiterte, aber ein Direktmandat in der Stadt Taichung erringen konnte. Fünf Abgeordnete im neuen Parlament sind parteilos.

Am Samstag, den 01. Februar 2020, wird das neu gewählte Parlament zu seiner ersten Sitzung zusammentreten und dann den Parlamentssprecher wählen. Unter den 113 neugewählten Abgeordneten sind 47 Frauen, vier mehr als 2016. Damit sind 41,6 Prozent der Parlamentsabgeordneten Taiwans weiblich. Dies ist ein eindrucksvoller Beleg für den Fortschritt bei der Gleichberechtigung der Geschlechter und der Frauenermächtigung in Taiwan.

(*taito*)

Neujahrsansprache von Präsidentin Tsai Ing-wen

Präsidentin Tsai Ing-wen hat am Mittwoch, den 01. Januar 2020, in ihrer Ansprache zum Neuen Jahr die Entschlossenheit ihrer Regierung bekräftigt, Taiwans Freiheit, Demokratie und Souveränität zu verteidigen und gleichzeitig Frieden, Stabilität und Wohlstand im gesamten indo-pazifischen Raum zu fördern.

Taiwan werde niemals das von China geforderte Modell "ein Land, zwei Systeme" akzeptieren, sagte Tsai. Die sich verschlimmernde Lage in Hongkong beweise, dass ein solches Modell nicht praktikabel sei, da Demokratie und Autoritarismus nicht nebeneinander existieren könnten, fügte sie hinzu.

Die Präsidentin bekräftigte die "Vier Notwendigkeiten" und die "Vier Einsichten" ihrer Regierung. Erstere hatte Tsai erstmals vor einem Jahr in ihrer Neujahrsansprache 2019 vorgestellt: China müsse sich der Realität der Existenz der Republik China (Taiwan) stellen; China müsse das Bekenntnis der Taiwaner zu Freiheit und Demokratie respektieren; China müsse mit den Differenzen über die Taiwan-Straße auf friedliche Weise und gleichberechtigter Grundlage umgehen; es müssen die Regierungen oder von den Regierungen autorisierten Stellen sein, die die Verhandlungen führen.

Die "Einsichten" sind: China untergräbt den Status Quo in der Taiwan-Straße, Taiwan tut dies nicht; China missbraucht den "Konsens von 1992", um die Republik China (Taiwan) zu untergraben; Souveränität kann nicht gegen kurzfristige wirtschaftliche Vorteile eingetauscht werden; China unterwandert alle Facetten der taiwanischen Gesellschaft, um sie zu spalten. Tsai bezeichnete die Vier Einsichten als die wichtigsten Grundlagen für die Einigkeit des Landes. Sie ermöglichten es Taiwan, sich auf der globalen Bühne zu behaupten. Darüber hinaus werde das vom Gesetzgeber am 31. Dezember 2019 verabschiedete Anti-Infiltrationsgesetz dazu beitragen, die nationale Sicherheit und Taiwans Demokratie zu schützen, zeigte sie sich überzeugt.

Bei Wirtschaft und Handel habe Taiwans Wachstum im vergangenen Jahr die asiatischen Tiger übertroffen, sagte Tsai. Diese Dynamik werde bis 2020 anhalten und das Land als globales Zentrum für grüne Energie, High-End-Fertigung, Talentförderung, Forschung und Entwicklung sowie regionales Kapital- und Vermögensmanagement positionieren, fügte sie hinzu.

Ferner habe Taiwan der indo-pazifischen Region seine Beiträge geleistet, fuhr Tsai fort. Sie verwies u.a. auf den globalen Rahmen für Zusammenarbeit und Ausbildung (*Global Cooperation and Training Framework, GCTF*) zwischen Taiwan und den USA sowie auf die Neue Südwärts-Politik. Der GCTF umfasst die Bereiche Katastrophenhilfe, Bildung, Umweltschutz, humanitäre Hilfe, öffentliche Gesundheit und Teilhabe von Frauen. Die Neue Südwärts-Politik zielt auf die Vertiefung der Beziehungen Taiwans zu den zehn Mitgliedsstaaten der Vereinigung Südostasiatischer Nationen (*Association of Southeast Asian Nations, ASEAN*) sowie sechs südasiatischen Ländern, außerdem Australien und Neuseeland.

(*taito*)

Anti-Infiltrationsgesetz verabschiedet

Das Parlament Taiwans hat am Dienstag, den 31. Dezember 2019, ein Anti-Infiltrationsgesetz verabschiedet. Dies dokumentiere das Engagement der Regierung, die nationale Sicherheit und die Demokratie in Taiwan zu schützen, hieß es aus dem Innenministerium.

Das Gesetz gilt als wirkungsvoller demokratischer Verteidigungsmechanismus und soll bestehende Bestimmungen zu Lobbyarbeit, politischen Spenden und den Wahlen des Staatsoberhauptes, seines/ihres Vize und den Staatsbeamten ergänzen. Es untersagt Eingriffe in das demokratische politische System Taiwans durch Infiltrationsquellen, nämlich Einzelpersonen, Institutionen oder Organisationen, die einer Regierung, einer politischen Partei oder anderen politischen Gruppierung einer feindlichen ausländischen Macht angehören oder von dieser finanziell unterstützt werden, ergänzte das Innenministerium.

Als feindliche ausländische Macht wird im Rahmen des Gesetzes ein Land oder eine politische Einheit definiert, das/die mit Taiwan einen Krieg oder eine militärische Auseinandersetzung eingeht. Dies bezieht sich nicht allein auf China. Jeder Person oder Organisation in Taiwan, die Anweisungen oder finanzielle Unterstützung von einer feindlichen ausländischen Macht erhält, mit dem Ziel, Wahlen zu beeinflussen, ein öffentliches Referendum zu starten, politische Spenden zu tätigen oder sich auf andere Weise politisch zu betätigen, droht eine Freiheitsstrafe zwischen drei und fünf Jahren, gab das Innenministerium bekannt.

In einer am selben Tag veröffentlichten Erklärung stützte der Rat für Festlandangelegenheiten auf Kabinettsebene das Gesetz und bezeichnete es als Beitrag dazu, einen geordneten, stabilen und transparenten Austausch über die Taiwan-Straße zu gewährleisten. Dem Rat für Festlandangelegenheiten zufolge stellt Chinas Infiltrationskampagne eine ernste Bedrohung für Taiwans nationale Sicherheit, seine Demokratie und seine gesellschaftliche Ordnung dar.

Das Gesetz sei auf der Grundlage ausführlicher Gespräche zwischen Regierung und Parlament sowie öffentlicher Meinung gestaltet worden. Zentrale Werte wie Freiheit und Demokratie stünden dabei im Mittelpunkt. In keiner Weise richte es sich gegen einzelne Gruppen, noch wolle es den normalen Austausch über die Taiwan-Straße beeinträchtigen, versicherte der Rat für Festlandangelegenheiten.

Diese Position wurde auch von Präsidentin Tsai Ing-wen im Rahmen ihrer Neujahrsansprache bekräftigt. Das Gesetz werde keine Menschenrechte verletzen, sondern die Freiheit und Demokratie Taiwans besser schützen, sagte sie. Die Regierung wende sich gegen eine Unterwanderung, aber nicht gegen einen Austausch über die Taiwan-Straße, betonte Tsai. Das Gesetz werde normale Bereiche der Zusammenarbeit wie den Austausch bei Wirtschaft, Bildung, Religion und Tourismus nicht tangieren, so die Präsidentin.

(*taito*)

Wirtschaft

Taipei Twin Towers werden 2027 eröffnet

Start eines "Jahrhundertprojekts": Am Dienstag, den 17. Dezember 2019, hat Ko Wen-je, der Bürgermeister von Taipeh Stadt, mit Hsu Kun-tai, Vorsitzender des taiwanischen Computer-

Herstellers Clevo Co. eine Investitionsvereinbarung für das Taipei Twin Towers-Projekt unterzeichnet. Nachdem die Regierung Taiwans im vergangenen Juni ein Angebot der in Hongkong ansässigen Nan Hai Corp. aufgrund ihrer engen Beziehungen zu China abgelehnt hatte, rückten Clevo und ihre Tochtergesellschaft Hongwell Group als bevorzugte Bieter für das Projekt auf. Mit der Unterzeichnung am 17. Dezember hat sich Clevo die Rechte zur Entwicklung des Standorts gesichert. Die Bauarbeiten werden voraussichtlich fast sieben Jahre dauern.

Das Gesamtinvestitionsvolumen für die beiden Türme wird auf über 60 Milliarden NT\$ (umgerechnet 1,81 Milliarden Euro) geschätzt. Clevo und die Hongwell Group müssen dafür eine Kautionshöhe von 1,8 Milliarden NT\$ (das entspricht 54,5 Millionen Euro) für das städtische Bauprojekt hinterlegen. Die Taipei Twin Towers, die westlich des Bahnhofs von Taipeh errichtet werden, werden nach Medienberichten 16 000 Arbeitsplätze schaffen sowie Milliarden an Wirtschaftsleistung generieren.

Bürgermeister Ko sagte, die Eröffnung der Türme werde die finanzielle Entwicklung in der Region beschleunigen, und sie werde Taipehs Wettbewerbsfähigkeit zugutekommen. Er fügte hinzu, die Gebäude würden an das Rapid Transit System, die U-Bahn Taipehs, angebunden und Kaufhäuser, Büros, Sportanlagen und sogar internationale Hotels eingliedern.

Der Clevo-Vorsitzende Hsu zeigte sich begeistert von dem Projekt und sagte, sein Team sei zuversichtlich, dass es für Taiwan Geschichte schreiben werde. Hsu wurde im Bezirk Songshan in Taipeh geboren und kündigte an, die Zwillingtürme zu einer stolzen Bereicherung für das Land machen zu wollen.

Nach Angaben der für das U-Bahnsystem zuständigen Abteilung der Stadtverwaltung von Taipeh soll eines der Gebäude 76 Stockwerke und das andere 56 Stockwerke hoch werden. Für die Prüfung der Baupläne von Clevo sowie die Bewertung der Auswirkungen des Bauprojekts auf die Umwelt veranschlagt die Stadtverwaltung ca. anderthalb Jahre.

(tn)

Gesellschaft

Dramatikerin aus Taiwan bringt Hongkong-Proteste auf die Bühne

Stefani Kuo, eine aufstrebende Dramatikerin der New Yorker Theaterszene, hat die Proteste in Hongkong gegen das Auslieferungsgesetz in ihr neuestes Bühnenstück integriert und erzählt darin eine Geschichte von Opferbereitschaft und Freiheit. Kuo, Tochter der taiwanischen Politologin Shirley Lin und eines Vaters aus Hongkong, bezeichnet sich selbst als halb Taiwanerin und halb Hongkongerin. In einem Interview erklärte sie, dass sie Taiwan nie als Teil des chinesischen Staatsgebiets betrachtet habe, auch wenn ihre Vorstellung der Unabhängigkeit Taiwans in der Schule, die sie in Hongkong besuchte, nicht gebilligt wurde.

Die 24-Jährige sagte, dass viele ihrer weiblichen Fans aus Asien sich beeindruckt gezeigt hätten, dass ihre Lebensgeschichten auf einer New Yorker Bühne zum Leben erweckt werden können. Ihr neues Stück habe sie soeben fertiggestellt, erzählte Kuo. Es fuße auf den Protesten in Hongkong. Sie werde ihre Werke weiterhin zu einsetzen, um Hoffnung in die Welt zu bringen.

Kuo hat ihren Bachelor in Theaterwissenschaften an der Universität von Yale gemacht und ist derzeit Mitglied der Autorengruppe "Interstate 73 with Page 73". In Kuos erstem Stück "Architecture of Rain" (zu deutsch "Architektur des Regens") geht es um den Bewältigungsprozess einer Mutter, die bei einem tragischen Unfall die jüngste ihrer drei Töchter verloren hat. Diese Geschichte basiert auf realen Ereignissen, die Kuos Familie widerfahren sind.

Kuo sagte, die Inspiration für ihre Arbeiten sei immer die "Liebe" gewesen, und sie habe sich zum Ziel gesetzt, die menschliche Seele in schwierigen Zeiten zu beleuchten. Sie hoffe, dass ihr neuestes Stück das US-amerikanische Publikum über den Ernst der Lage in Hongkong aufklären werde. Gleichzeitig klagte sie, dass, wenn sie früher ihre Heimat vermisst habe, befürchte sie nun, sie zu verlieren.

(*tn*)

Kurzmeldung

Der ehemalige Nato-Generalsekretär Anders Fogh Rasmussen hat vor der Wahl in Taiwan an Europa und die USA appelliert, aktiv zu werden, um die Demokratie des Landes zu schützen. Peking werde versuchen, durch Desinformationen das Ergebnis der Wahl in Taiwan zu beeinflussen. Der offene Medienmarkt Taiwans und besonders die sozialen Medien würden von China unterwandert. Und obwohl Facebook in der Volksrepublik gesperrt sei, nutzten seine Desinformationsagenten es gerne, um die politische Debatte in Taiwan zu beeinflussen. Rasmussen forderte daher die EU und die USA auf, eine Task Force zusammenstellen, um Taiwan bei der Aufdeckung von Desinformation zu unterstützen und die Cybersicherheitsverfahren zu verschärfen. Er sprach von der strategischen Bedeutung der Demokratie Taiwans für China: Die Volksrepublik hoffe, dass Taiwans demokratisches Projekt scheitern werde. Wenn der Westen dies zulasse, würden nicht nur 24 Millionen Taiwaner im Stich gelassen werden, sondern auch diejenigen, die sich in Hongkong und anderswo auf der Welt für mehr Freiheit einsetzen. Er bezeichnete Taiwan als die nächste Frontlinie im Kampf zwischen Demokratie und Autokratie, und alle, die die Freiheit lieben, sollten sich dem Kampf anschließen, um sicherzustellen, dass Staaten wie China oder Russland nicht noch mehr Auftrieb erhielten. Wenn die Demokratie in Taiwan nicht verteidigt werde, bröckele sie auch bei uns zu Hause, warnte Rasmussen.

Abkürzungen:

(*cp*) China Post; (*cna*) Central News Agency; (*dpa*) Deutsche Presse Agentur; (*tn*) Taiwan News; (*tt*) Taipei Times; (*ten*) Taiwan Economic News; (*taito*) Taiwan Today; (*th*) Taiwan Heute; (*rti*) Radio Taiwan International; (*fotaï*) Focus Taiwan; (*tneu*) Taiwan New Economy Newsletter; (*eB*) eigener Bericht; (*udn*) United Daily News